che Anlagegüter gewährt wurde? Soviel zu den Grundfragen des mittelfristigen Förderkonzepts.

Selbstverständlich ist, daß die Bundesregierung natürlich bei ihrem Förderkurs von den anderen Verantwortlichen entsprechend flankiert werden muß. Tarifparteien habe ich schon angesprochen. Die westdeutsche Wirtschaft selbst ist natürlich auch massiv gefordert. Das betrifft die Industrie, die mehr als bisher in Ostdeutschland Unternehmen gründen muß, Kompetenzzentren hinverlagern muß und Industrieproduktion ausweiten muß. Der Handel muß sich verstärkt bemühen, ostdeutsche Güter in westdeutsche Regale zu bringen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf das Handelsgespräch beim Kanzler, wo sich die großen westdeutschen Handelsketten verpflichtet haben, die Bezüge bis Ende 1998 zu verdoppeln, verglichen mit 1995. Das betrifft desweiteren die Kreditwirtschaft, die weiterhin aktiv bereit sein muß, Risikokapital und Existenzgründungen zu fördern.

Abschließend noch eine Bemerkung: Wenn alle Beteiligten, das heißt also Bundesregierung auf der einen Seite und Tarifparteien und private Wirtschaft auf der anderen Seite, diese Verantwortung wie in der Vergangenheit weiter wahrnehmen, besteht genügend Anlaß zu der Hoffnung, daß die Transformation der ehemaligen DDR in eine moderne Industriegesellschaft in den nächsten Jahren erreicht wird. Vielen Dank.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Ich danke Herrn Claßen für seinen umfangreichen Einführungsvortrag. Der Blick auf die Uhr sagt mir, daß wir doch sehen sollten, daß die folgenden Kurzvorträge etwa um 10 Minuten liegen, damit wir noch diskutieren können.

Darf ich bloß zu meinem Verständnis fragen, Herr Claßen, ob ich da richtig gehört habe. Welche Zahl haben Sie zur Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern genannt?

Horst Claßen: 1,4 Millionen.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Arbeitslosigkeit in Prozent.

Horst Claßen: 18,4 %.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): 18,4 % und dann ist das ja mit ABM und allen anderen Sachen doch noch deutlich mehr. Gut. Ich dachte, daß wir der Dame den Vorrang geben und möchte Frau Ulrike Staake, Präsidentin der IHK Cottbus, um ihren Kurzbeitrag bitten.

Ulrike Staake: Herzlichen Dank, ich werde mich bemühen, Sie nicht erneut mit Zahlen zu bombardieren und mich vielleicht auch in meinem Fragenkatalog u. a. auf das Thema Leistungen von Arbeitskräften, berufliche Qualifikation, Ausbildung usw. konzentrieren, aber man hat mich auch gebeten, ganz kurz Vergangenheitsbewältigung zu betreiben, obwohl ich mich ganz deutlich

frage, warum wir überhaupt in der Wirtschaft heute noch Vergangenheitsbewältigung betreiben.

Mit der Währungsunion am 1. Juli 1990 wurde die in jeder Hinsicht extrem leistungsschwache ostdeutsche Wirtschaft ohne Übergangszeit bei einem Wechselkurs von 1:1,8 zu einem einzigen großen Markt mit allem, was darin an marktwirtschaftlichen Wettbewerb herrschte, fusioniert und damit waren die Folgen klar: Was der ostdeutschen Wirtschaft an Anpassungszeit aus wohlverstandenen politischen Gründen nicht gewährt werden konnte, mußte ihr an Anpassungsgeld zugestanden werden. Wir mußten uns einfach Zeit kaufen. Den Wettbewerb mit der westdeutschen und der gesamten westlichen Welt konnten weder der Kapitalstock qualitativ noch quantitativ, noch die Produktivität, Funktionalität und Qualität der Produkte sowie das Know how der Mitarbeiter standhalten. Dieser Umstand wurde noch deutlicher, als die Kundenbasis im Comecon und in Ostdeutschland radikal wegbrach. Man brauchte eigentlich kaum eine verarbeitende Industrie in Ostdeutschland, um dessen Bevölkerung zu versorgen. Was man allerdings brauchte waren Arbeitsplätze und Einkommensmöglichkeiten für die Bevölkerung und eine wettbewerbsfähige Wirtschaft mußte angestrebt werden. Die Konsequenz sah so aus, daß Ostdeutschland den wirtschaftlichen Aufbau von einer Minusbasis beginnen mußte.

Die Zeiten asiatischer Wachstumsraten sind vorbei, der Aufholprozeß hat an Schwung verloren, die Sonderkonjunktur Ost, insbesondere im Bereich Bauwesen ist vorbei. Viele große Investitionen auf der Infrastrukturseite und in der Industrie sind abgeschlossen, der Aufholprozeß hat sich verlangsamt. Die Beseitigung von Standortdefiziten benötigte wesentlich mehr Zeit als ursprünglich gedacht. Zur Schaffung einer tragfähigen industriellen Basis muß investiven Transfers in die neuen Bundesländer sicherlich auch gerade im Bereich der Infrastruktur der Vorrang vor einer konsumptiven Verwendung gegeben werden.

Die Eigenleistungsquote ist zu gering, ihr Bruttoinlandsprodukt beträgt weniger als zwei Drittel der inländischen Nachfrage. Die Unternehmensbasis in den neuen Bundesländern reicht nicht aus, um genügend Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern. Dies gilt sowohl für die Zahl, als auch für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Noch immer ist die arbeitsteilige Verflechtung der kleinen und mittleren Industriebetriebe mit großen Unternehmen wenig entwickelt. Die Produktion ist in erster Linie durch Einzel- und Kleinserienfertigung geprägt und erreicht nicht das Produktionsniveau einer stärker vernetzten Industriegesellschaft. Es gibt kaum Systemanbieter in den neuen Bundesländern. Unternehmen, die als Zulieferer für Großunternehmen fungieren wollen, werden zukünftig stärker in den Wertschöpfungsprozeß einbezogen werden müssen.

Die Palette der Anforderungen reicht von der Vernetzung von EDV-Systemen bis zur Offenlegung von Kostenkalkulationen. Dieses Netzwerk kann dazu beitragen, daß an die Stelle kurzfristiger Geschäftskontakte langfristige Koope-